



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Namen, Nachrichten, Notizen

Universität Paderborn

Paderborn, Nr. 1.1980 - 15.1983

Wehrkunde?

urn:nbn:de:hbz:466:1-8593

bernetische Pädagogik ein audiovisuelles Lehrsystem entwickelt, das in allen Paderborner Versuchsgruppen (wie teilweise auch an den anderen Orten) eingesetzt wurde und wird. In jedem Lehrschritt wird der Schüler aufgefordert, das vorgelesene Lehrquant laut zu repetieren und eine Auswahlantwortfrage durch Tastendruck am Schülerendplatz des Lehrsystems zu beantworten. — Anschließend an diese objektivierte Unterrichtsphase übt der Lehrer in der Form des Direktunterrichts weiter.

Die häufig vorgebrachte Befürchtung, die Schüler würden nach dem Kennenlernen einer einfachen Modellsprache nur noch widerwillig sich mit einer vergleichsweise schweren ethnischen Sprache beschäftigen, bestätigte sich nicht. Im Gegenteil scheint das Interesse am Sprachenlernen dabei zu wachsen. Z. B. lernen heute von der Paderborner Pilotgruppe (Bild 1), die den Sprachorientierungsunterricht schon 1977 abschloß, mindestens eine Schülerin freiwillig Altgriechisch, ein Schüler Japanisch — obgleich beide vor allem mathematisch-naturwissenschaftlich begabt und interessiert sind.

Die Lehrkräfte der beiden letzten Versuchsgruppen des im Juli 1982 auslaufenden Projektbündels, Dipl.-Päd. Günter Lobin und Lehramtsassessorin Brigitte Frank-Böhringer (beide erhielten für den Plansprachunterricht eine Zusatzausbildung) haben sich entschieden, den Sprachorientierungsunterricht in Paderborn — wenngleich in reduziertem Umfang — zu einem bleibenden Angebot zu machen — insbesondere für Kinder der Studierenden, Lehrenden und Mitarbeiter unserer Hochschule. Nach den Sommerferien wird mindestens eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern (in der Regel solche, die dann in das 3. Schuljahr kommen) mit dem wöchentlichen Sprachorientierungsunterricht beginnen können, zu dem auch künftig unter Einbeziehung von Lehramtsstudenten bildungswissenschaftliche Begleituntersuchungen stattfinden werden. — Nähere Auskünfte erteilt das Institut für Kybernetik (Tel. 6 42 00), das auch Anmeldungen entgegennimmt. Prof. Dr. Helmar Frank

Diskussion mit Kultusminister Girgensohn:

Friedenserziehung und/oder Wehrkunde?

Bemerkenswert war nicht nur der Gegenstand der Diskussion, sondern auch, daß überhaupt in dieser Form und Zusammenfassung über das Thema öffentlich gestritten wurde; als erster der zuständigen Kultusminister stellte sich Jürgen Girgensohn einer kritischen Debatte mit „Unzuständigen“ über die kultusministeriellen Entwürfe für „Friedenssicherung und Bundeswehr im Unterricht“, eingeladen vom Rektor und von einigen Fachvertretern der Paderborner Hochschule.

Die Vorgeschichte: Ende 1980 hatte der Bundesverteidigungsminister die Kultusministerkonferenz animiert, etwas für die Akzeptanz der Bundeswehr unter jungen Leuten zu unternehmen: „Angesichts eines gegenüber der Bundeswehr kritischen Meinungstrends in der jungen Generation ist es notwendig, in den Schulen die Bedingungen der Landesverteidigung und Friedenssicherung und damit die Aufgabe der Bundeswehr verstärkt zu verdeutlichen.“

Die Kultusminister kamen dieser Aufforderung des Verteidigungsministers auf einem Wege nach, der in solchen Situationen gern gegangen

wird, aber, wie sich zeigen sollte, gerade in diesem Falle in wenig erfreuliches Terrain führen kann: sie entwarfen Richtlinien für die Behandlung des Themas in der Schule. Die Kultusminister von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz lieferten der Kultusministerkonferenz einen ersten Entwurf, der — gewiß nicht zu Freude seiner Verfasser — im Herbst 1981 von einer überregionalen Tageszeitung veröffentlicht wurde; etliche Monate später zogen die Kultusminister von Nordrhein-Westfalen und Hessen mit einem Alternativentwurf nach.

Während Richtlinien für den Unterricht ansonsten in ihrem Entstehungsprozeß einer längeren Diskussion mit Experten, Vertretern der interessierten Institutionen und der Öffentlichkeit unterliegen, zeigten sich die Kultusminister bei diesem Verfahren nicht eben öffentlichkeitsfreudig. Als im Dezember vergangenen Jahres die Amtschefs der Kultusministerien in Paderborn tagten und Studenten und Dozenten aus der hiesigen Hochschule um eine Diskussion über die „Wehrerziehungsentwürfe“ baten, blieb dieser Vorstoß ohne Erfolg. Aber dies



Minister Girgensohn als konzentrierter Zuhörer in der Diskussion. Von rechts Frau Prof. Kuhn, Prof. Eicher und Minister Girgensohn.

hatte Folgen; dem beharrlichen Drängen der in dieser Sache engagierten Angehörigen der Paderborner Hochschule ist es zu verdanken, daß nun mit dem Kultusminister des eigenen Bundeslandes das Für und Wider der von der Kultusministerkonferenz geplanten Richtlinien über „Friedenssicherung und Bundeswehr im Unterricht“ erstmals öffentlich diskutiert wurde.

Vom Verfahren abgesehen - wo liegen die Kontroversen in der Sache?

Von niemandem wird bestritten, daß die Information über die Bundeswehr, die Verteidigungskonzeption der Bundesrepublik, die NATO usw. ein wichtiger Teil des politischen Unterrichts sein sollte. Aber kann es Sache der Schule sein, bestimmte militärpolitische Auffassungen in den Köpfen der Schüler sozusagen festzuschreiben, sie zu verbindlichen Lernzielen zu machen? In dem südwestdeutschen Entwurf zu diesem Thema z. B. wird der Unterricht auf die Vorstellung festgelegt, daß Friedenssicherung allein durch das „Gleichgewicht des Schreckens“ erreichbar sei; andere Konzepte der Friedenssicherung sollen hiernach als „utopisch“ dargestellt werden. Der nordrhein-westfälisch-hessische Entwurf ist etwas zurückhaltender, sagt aber immerhin auch, den Schülern sei „zu vermitteln, daß die Bundeswehr ... als Verteidigungsinstrument des ganzen Volkes verstanden und akzeptiert werden muß.“

Nun sind Bundeswehr, NATO-Politik usw. gewiß in Übereinstimmung mit den gegenwärtigen politischen Mehrheiten in der Bundesrepublik; aber können sie deshalb als unabänderliche und einzig legitime Doktrinen der Gesamtheit der Schüler auferlegt werden? Ist es überhaupt pädagogisch verantwortbar, die Schule (und es ist nicht nur an den Politikunterricht dabei gedacht) zum Hilfsinstrument für eine bestimmte verteidigungspolitische Auffassung zu machen?

Hierauf konzentrierten sich denn auch die kritischen Argumente in der Paderborner Diskussion mit dem Kultusminister:



Ein enormes Interesse fand die Friedenserziehungsdiskussion beim Publikum und bei den Medien.

Unser Bild zeigt einen Schnappschuß aus C1.

„Was hat die Kultusminister zu ihren Entwürfen veranlaßt? Anlaß für sie war der Vorwurf des Bundesverteidigungsministers an Erzieher und verantwortliche Minister, nicht genügend für Friedenssicherung und Bundeswehr getan zu haben. Es stimmt mißtrauisch, wenn deutsche Kultusminister ihre Schulpolitik ... von den Vorhaltungen ihres Verteidigungsministers abhängig machen“ (so der Sprachwissenschaftler Pasiarbsky).

„Die unverblühte Art und Weise, mit der hier die Schule in den Dienst der Zurichtung der jungen Generation auf staatlich erwünschte Einstellungen und Normen gestellt werden soll, muß jeden Pädagogen mit großer Sorge erfüllen“ (so der Erziehungswissenschaftler Keim).

„Wie auch bei anderen Gegenständen des sozialwissenschaftlichen Unterrichts widerspricht in Sachen Bundeswehr und Verteidigungspolitik die Verpflichtung auf bestimmte Positionen und Bewertungen, die sich erst als Ergebnis des Unterrichts für die einzelnen Schüler ergeben können, dies vermutlich recht

verschieden, der Wissenschaftsorientierung“ (so der Politikwissenschaftler Briese).

„Es geht nicht an, wehrpolitische Auffassungen für die Schule und die Schüler verbindlich zu machen, die keineswegs unumstritten und die schon gar nicht die auf dem Boden des Grundgesetzes einzig möglichen sind. Lehrerinnen und Lehrer dürfen nicht zu Propagandisten einer bestimmten militärpolitischen Richtung gemacht werden. Wir leben nicht mehr im Obrigkeitsstaat“ (so der Soziologe Klönne).

Der Theologe Eicher, der die Diskussionsveranstaltung leitete, sprach wohl für die große Mehrheit der Veranstaltungsteilnehmer, als er Kultusminister Girgensohn zum Schluß der Debatte für die Diskussionsbereitschaft dankte und damit die Bitte verband: „Lassen Sie uns Frieden“ — gemünzt auf Richtlinien über „Friedenserziehung und Bundeswehr in der Schule“. Bleibt abzuwarten, welchen Eindruck diese Argumente auf den oder die Kultusminister machen.

Hartmut Reese M. A.